

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Donnerstag, 14. April 1938

Nr. 88

## Aus dem Inhalt:

Erfolgreiche Offensive der Republikaner

Revolverattentat im dänischen Parlament

Die besten japanischen Divisionen geschlagen

Um das Schicksal

von Rosenthal

Hilgenreiners „Kindsmord“

## Auch Finanzvollmachten genehmigt

Mit 508 gegen 12 Stimmen bei 80 Enthaltungen in der Kammer  
Keine Gegenstimme im Senat

Prag. Das finanzielle Ermächtigungsgesetz für die Regierung Daladier wurde nach einer Nachtigung am Mittwoch in der dritten Morgenstunde von der Kammer mit 508 gegen 12 Stimmen bei 80 Stimmenthaltungen angenommen. Stimmenthaltung übten Deputierte der äußersten Rechten, aber auch ein Teil der Sozialisten.

Der Senat hat den Gesetzentwurf einstimmig mit 290 Stimmen angenommen. 13 Senatoren enthielten sich der Abstimmung.

Das Parlament, Kammer wie Senat, vertrat sich sodann bis zum 31. Mai. d. J. Die Regierungsvorlage über die Vollmacht für die Regierung wird Donnerstag, nachdem der Präsident der Republik sie unterzeichnet haben und sie im Amtsblatt veröffentlicht sein wird, Gesetzeskraft erlangen.

Zu Beginn der Nachtigung der Kammer hatte der Berichterstatter des Finanzausschusses einen kurzen Ueberblick über die von der Regierung geplanten Maßnahmen gegeben und dabei betont, daß die Regierung nicht beabsichtigt, eine Dividendenkontrolle einzuführen, ebensowenig wie eine Vermögensabgabe. Auch die Amortisierung der Staatsschulden werde nicht eingeführt werden.

In der Debatte erklärte Landin, daß die Gruppen des Zentrums diesmal für die Regierung stimmen werden, da sich die gegenwärtige Vollmacht von jener, die die Regierung zum Handeln befähigt hat, nicht unterscheidet. Er hob hervor, daß es sich nicht um eine Kapitalabgabe noch um Einstellung des Amortisationsdienstes, sondern um die Ausgabendeckung auf dem Anleihebewege handle.

Kamens der kommunistischen Abgeordneten erklärte Deputierter G r e s a, daß die breiten Volksmassen der Volksfront bleiben. Die Regierung müsse damit rechnen. Wenn sie auch viele Vorbehalte gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett haben, werden die Kommunisten gleichfalls für die Regierungsvorlage stimmen, da sie das Interesse des Staates vor Augen haben.

Der Obmann des sozialistischen Klubs, G o u i n, bedauerte, daß der Senat die Antirengungen der vorangegangenen Regierung vorbereitet habe. Als er die Angriffe gegen den Senat fortsetzte, unterbrach ihn der Kammerpräsident mit folgenden Worten: „Meine Pflicht ist es, die Unabhängigkeit des Senates zu verteidigen“. Der Lärm in der Kammer löste auf und der sozialistische Medner kündigte nach verschiedenen Vorbehalten an, daß die Sozialisten zu dem Verlangen der Regierung nach Vollmacht in Finanzangelegenheiten eine positive Stellung einnehmen werden.

Finanzminister R a r d a n d e a u teile dann in seiner Rede die hauptsächlich geplanten Maßnahmen und die finanziellen Absichten der neuen Regierung dar.

Der Sprecher der Rechten Louis R a r i n verlannte, daß die Regierung drei Tage nach der Verkündung der Regierungsbefehle immer die entsprechenden Parlamentsausschüsse eingehend informiere

und nicht, wie es die Regierungsvorlage festsetze, erst nach dem Ablauf der Vollmacht. Dieser Antrag wurde jedoch mit 428 gegen 107 Stimmen abgelehnt.

Vor der Abstimmung sprach noch kurz der Ministerpräsident D a l a d i e r. Er dankte der Kammer für die fast einstimmige Vertrauensumgebung bei der ersten Abstimmung am Dienstagabend, einer Kundgebung, welche wie er sagte, auch dem Auslande zeigen werde, daß das französische Parlament sich im gegebenen Augenblicke zu einigen verstehe.

## In den Privatbetrieben Verhandlungen gescheitert

Paris. In den für das Flugwesen und die Nationalverteidigung arbeitenden staatlichen Unternehmen wurde Mittwoch die Arbeit unter den von der Regierung abgeschlossenen Bedingungen wieder aufgenommen.

Das Arbeitsministerium teilt mit, daß das Schlichtungsverfahren in den privaten Flug-

zeugwerkstätten gescheitert ist. Der Arbeitsminister hat daher den Generalsekretär im Kriegsministerium Jacomet mit der Aufgabe des Ober-Schiedsrichters (Jurarbitr) betraut. Jacomet wird bereits Donnerstag vormittags seinen Schiedsbruch fällen.

Ministerpräsident Daladier teilte mit, daß das neue soziale Arbeitsstatut auf dem normalen parlamentarischen Wege heuer im Juni zur Durchberatung gelangen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt werde die Regierung jedoch durch Regierungsverordnung das sogenannte Streikstatut regeln, d. i. durch die Erklärung, daß ein Streik künftig nur auf Grund eines Beschlusses, welcher durch eine Abstimmung der Arbeiterschaft zustandekommt, proklamiert werden kann, nicht aber durch eine Proklamierung anonym, außenstehender Delegierten.

## Paul-Boncour wieder Sozialist

Paris. Senator Paul-Boncour, der aus der Partei der republikanisch-sozialistischen Einigung ausgetreten ist, ließ sich wieder in die sozialistische Partei eintragen. Er war Jahre hindurch Mitglied und Führer der sozialistischen Partei, die er erst vor fünf Jahren verließ, als die Neosozialistische Partei gegründet worden war.

## Schuschnigg nach Dachau gebracht

Wien. Reuter meldet: Der ehemalige Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ist in das Konzentrationslager in Dachau in Bayern übergeführt worden. Es scheint, daß die juristische Prüfung der Frage, ob Schuschnigg vor Gericht gestellt werden könne, ein negatives Ergebnis hatte.

Wie berichtet wird, wird gegen Otto von Habsburg in contumaciam ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden. Otto Habsburg ist nach dem Anschluß deutscher Staatsbürger geworden. Der Prozeß gegen ihn würde zur Verschlagnahme seines Eigentums im ehemaligen Oesterreich führen. Von verschiedenen deutschen Quellen wird aber berichtet, daß das Eigentum der Habsburger im ehemaligen Oesterreich vollkommen unabhängig von diesem Prozeß beschlagnahmt werden wird.

## Offensive der Republikaner an der ganzen Ostfront

Barcelona. (Ag. Sp.) An der gesamten Ostfront haben Dienstag die Republikaner die Initiative im Kampf ergriffen. Die Rebellen divisionen, die im Nordsektor des Segre geschlagen wurden, haben sich gezwungen, über den Fluß zurückzugehen. Im Zentrumssektor dieser Front nahe von Vallager haben die Marokkaner gleichfalls eine Niederlage erlitten und im Sektor des unteren Ebro konnten die Italiener auf der Straße von Gandesa nach Tortosa nicht weiter vorwärtkommen.

Der Kampf war besonders heftig im Sektor

von Vallager, wo die Invasionsarmee den Keil zu schließen versuchte, der von Lerida aus in der Richtung auf Tortosa verlief, dessen rechte Flanke jedoch durch die Fortschritte der Republikaner verengt worden ist. Dadurch sind die weiteren Pläne der Rebellen zunächst durchkreuzt.

Im ganzen haben die Kämpfe der beiden letzten Tage, die für die Republikaner sehr günstig verliefen, die Situation an der Ostfront grundlegend verändert.

An der ganzen Ostfront waren die Aufständischen gezwungen, zurückzugehen. Die größten Kämpfe führten die republikanischen Abteilungen im Abschnitt von T r a g a, südwestlich von Lerida. Den ganzen Tag hindurch fanden heftige Kämpfe am linken Ufer des Flusses Segre bei dem Dorfe G r a n i a E s c a r e statt. Nach der Mittagsstunde gingen die Regierungsabteilungen zum Angriff über. Marokkanische Abteilungen des Generals Angue traten infolge dieses Angriffes den Rückzug an. Die Regierungstruppe verfolgten sie und drangen kurz darauf in das Dorf Grania Escarpe ein, wo es in den Gassen zu hartnäckigen Kämpfen kam. Am Abend befand sich das Dorf in den Händen der Regierungstruppen, während die Aufständischen genötigt waren, über den Fluß Segre zurückzugehen. Die republikanischen Truppen bedrohen nun ernstlich die Verbindung zwischen den einzelnen aufständischen Armeeteilen, die nördlich und südlich des Ebro operieren.

## Dr. Beneš gratuliert zum Jahrestag der spanischen Republik

Prag. Zum Jahrestag der Errichtung der spanischen Republik sandte der Präsident der Republik Dr. E d w a r d B e n e š dem Präsidenten der Republik Spanien in Barcelona folgenden telegraphischen Glückwunsch:

„Am Jahrestag der Republik spreche ich die aufrichtigsten Wünsche für das Wohl Euer Excellenz und für Spanien aus. Ges. Eduard Beneš.“

## Die Tschechoslowakei als Ablenkung

Aus Polen wird uns geschrieben: Ein Blick in die polnische bürgerliche Presse aller Schattierungen erweckt sofort den Eindruck, daß die Beziehungen zwischen Warschau und Prag außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen. Es wäre aber eine große Täuschung, wollte man das Spiegelbild der polnischen Presse gegen die Tschechoslowakei als die Meinung des polnischen Volkes annehmen. Breite Kreise nicht nur der Arbeiter, der demokratischen Intelligenz und nicht zuletzt der Bauern betrachten den Feldzug der polnischen Presse gegen die Tschechoslowakei als ein Ablenkungsmanöver des Verlangens der polnischen Außenpolitik gegenüber dem Dritten Reich. Daß auf diesem Gebiet Oberst Ved effenkundig eine Niederlage nach der anderen einstecken muß, wird von den breiten Bevölkerungskreisen anerkannt, nur die heutigen Regierungskreise Polens wissen nicht, wie aus diesem Artium herauszukommen ist. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Befehl der Pilsudski-Regionäre in Lemberg, die sich entschieden gegen den Hitlerkult in Polen ausdrücken und energische Maßnahmen des Außenministers zum Schutz des Polentums in Danzig forderten. Daß gerade der polnische Einfluß durch den nationalsozialistischen Danziger Senat vollkommen ausgeschaltet wird, verkennt sogar das Lager der „Nationalen Einigung“ nicht, es rief auch schon zu Kundgebungen für Danzig auf, während die Regierung selbst jede Demonstration gegen die Unterdrückung der polnischen Minderheit in Danzig in Polen verbietet, da man in Regierungskreisen weiß, daß sich jede solche Kundgebung gegen den polnisch-deutschen Freundschaftsvertrag und damit gegen den offiziellen polnischen außenpolitischen Kurs richtet.

Deshalb überrascht die Tatsache nicht, daß die polnisch-nationalistische Presse und Hand in Hand mit ihr die Regierungsorgane die ganze Aufmerksamkeit den Vorgängen in der Tschechoslowakei zuwenden und sich in Angriffen gegen die Minderheitenpolitik der Prager Regierung über-treffen wollen. Jeder Vorgang im Sudeten-deutschtum wird zur Polemik gegen die Prager Regierung ausgenützt und bezeichnend ist hierbei die Haltung der polnischen Außenpolitik, die nur deshalb die Autonomie für die polnische Minderheit in der Tschechoslowakei fordert, weil sie die Sudetendeutschen für sich in Anspruch nehmen. Es sei hierbei nicht auf das zahlenmäßige Wachstum der polnischen Minderheiten in der polnischen Darstellung eingegangen, aber die tschechischen Vorgänge sind nur ein Beispiel dafür, wie man die Minderheitenprobleme ausnützt, um eigene Schwierigkeiten irgendwie überbrücken zu können. Oberst Ved mühte denn auch von der gleichgerichteten deutschen Rapipresse zur Kenntnis nehmen, daß, wenn schon für etwa 100.000 Polen in der Tschechoslowakei die Autonomie gefordert wird, mit viel mehr Berechtigung dann die etwa zwei Millionen Menschen betragende deutsche Minderheit in Polen auf eine Autonomie Anspruch erheben müsse. Daß sich bei dieser Gelegenheit auch die Ukrainer melden und an das Versprechen erinnern, welches ihnen hinsichtlich einer Autonomie auf ihren ethnographischen Gebieten in Aussicht gestellt wurde, sei nur nebenbei verzeichnet, um zu zeigen, in welche läbliche Lage Polen selbst bei Forderungen für die polnische Minderheit im Ausland kommen kann. Wie glücklich wären die Ukrainer, die Deutschen, Weißrussen und andere Minderheiten, die auf dem polnischen Territorium leben, wenn sie sich jener kulturellen und nationalen Rechte erfreuen würden, wie sie heute die Minderheiten der Tschechoslowakischen Republik besitzen! Wir sind uns dabei wohl bewußt, daß auch dort noch manches zu bessern ist, aber immer Forderungen für seine Volkszugehörigen im Ausland erhebt, der muß zumindest im eigenen Staate selbst mit gutem Beispiel vorangehen und dieses Beispiel bietet leider Polen beim heutigen Regierungslager nicht.

In Warschauer politischen Kreisen macht man denn auch keinen Hehl daraus, daß die Regierungspresse in Angriffen auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei von Grundfragen bestimmt ist, die man sich nur darin erklären kann, daß zwischen Berlin und Warschau hinsichtlich der Prager Politik bereits feste Vereinbarungen bestehen. Nur aus publizistischer Pflicht sei auch auf ein zweites offenes Geheimnis verwiesen, daß man den privaten Freundschaftsbefehl des ungarischen

## Die besten japanischen Divisionen geschlagen

Hankau. Nach dem großen Siege im südlichen Schantung bei Taierichuan, wo, wie jetzt festgestellt wurde, die besten japanischen Divisionen „I t a g a k i“ und „S o g a“ geschlagen wurden, schreiten die chinesischen Truppen rasch gegen Norden fort. Mit den Resten der zurückweichenden japanischen Armee wurde bei H i s i e n eine Schlacht geführt, bei welcher den Chinesen 1500 Gewehre, 5 schwere Geschütze, 4 Tanks, 30 Panzerautomobile, ein Flugzeug und 300 Pferde in die Hände fielen. Die Japaner ließen auf dem Kampfsplatz 3000 Tote zurück.

Die chinesischen Truppen konzentrierten jetzt ihre Angriffe auf die japanischen Positionen bei L i n t s h e n an der Hauptstrecke der Eisenbahnlinie Tientsin—Peking. Der Fall dieser Stadt wird jeden Augenblick erwartet.

Die Hauptstadt der Provinz Schantung, C i n a n, wird von den chinesischen Truppen ausdauernd belagert, deren Ueberfallsabteilungen den Japanern bedeutende Verluste zuführten. Auf Weiten von Cinan gelang es den chinesischen Truppen, einige Dörfer an beiden Ufern des Gelben Flusses zu erobern. Heftige Kämpfe sind auch im nördlichen Honan bei der Eisenbahnlinie nach

Hankau, in der Provinz Anhwei und bei der Stadt Wuhu im Gange.

Die chinesischen Truppen, die nordwestlich von Honan den Gelben Fluß überschritten haben, haben eine allgemeine Offensive gegen die Japaner in den Städten Tschijuan, Pindu und Wehsien eröffnet.



Schanghai



# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Kamerad Prälat Hilgenreiner, der sein „eigenes Kind erschlagen“ hat

Aus der Feder eines führenden sudetendeutschen Katholiken erhalten wir einen bemerkenswerten Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen:

In der Jahresversammlung der deutschen Priestervereine am 6. April in Prag erklärte Senator Hilgenreiner ungefähr wörtlich:

„Ich muß heute einmal beichten, ich habe einen Mord begangen, ich habe mein eigenes Kind erschlagen, nicht im Affekt, sondern mit kalter Überlegung. Ich habe drei Jahre an der Einhellung der christlichsozialen Partei gearbeitet.“

Die „Deutsche Presse“ hat diese Worte nicht über den Haufen gebracht. Sie berichtete nur, daß Hilgenreiner „schon seit drei Jahren an dem Plane gearbeitet habe aus der Überzeugung, daß der Fortbestand der Partei der Seelsorge Schwierigkeiten bereite“. Und sie fügte ganz ohne Zusammenhang hinzu: „Die Zukunft wird lehren, was sonst noch alle erschlagen wurde.“

Das Kind ist doch etwas älter und stammt noch aus einer Zeit, da Herr Hilgenreiner noch abseits der DSB stand. Er hat erst nach dem Umsturz, als es Mandate gab, sein Kind entdeckt, hat wohl auch am Programm mitgearbeitet und den Kommentar dazu geschrieben. Aber jedenfalls hat das Kind mindestens ebenso gut für den „Vater“ gesorgt, wie der Vater für das Kind. Es ist gut, daß heute alle wissen, daß die „Kindermörder“ gegenüber keinerlei Dankespflicht besteht.

Herr Hilgenreiner motivierte seinen „Mord“ — mit seelsorglichen Beweggründen. Wenn er aber schon vor drei Jahren die Überzeugung hatte, daß der Bestand der DSB ein Hindernis für die Seelsorge gewesen sei, warum hat er dann überhaupt noch kandidiert, warum nicht längst sein Mandat niedergelegt?

Er hat also drei Jahre gegen sein Gewissen gehandelt, was für einen Moralthologen immerhin sehr sonderbar ist.

Wird nicht seine heutige Haltung vielen zum

Vergernis? Warum legt der Herr Senator nicht jetzt wenigstens sein Mandat zurück? Man sollte doch „geistliche Knochen erweichungen“, wie der Vatikan-Sender sagte, nicht als Seelsorge ausgeben!

„Die Zukunft wird lehren, was noch alles erschlagen wird!“ Warten wir einmal die nächsten Gemeindevahlen ab, in denen die DSB nicht mehr kandidieren kann! Diejenigen, die bisher Herrn Hilgenreiner wählten, werden für ihre Treue bestraft, daneben stehen. Aber was kümmern einen Gemütsmenschen Angestellte, Parteisekretäre, frühere Wähler? Und was geschieht nun mit den nichtpolitischen Organisationen? Niemand würde sich wundern, wenn der Herr Professor bei der nächsten Priesterkonferenz erklären sollte: „Sie stehen der Volksgemeinschaft im Wege! Ich habe sie erschlagen lassen!“ Anzeichen dafür sind vorhanden!

Aber dem Herrn Senator geht es gut unter seinen Kameraden. Ein Schweizer Blatt schrieb unlängst von einem „Judas des deutschen Volkes“ und meinte damit jenen „positiven“ Christen, der das Zentrum verriet und später Oesterreich, der für seine Verdienste zwar nicht dreißig Silberlinge, aber die „goldene Parteimadel“ erhielt. Mache sich jeder darauf seinen Reim!

## Katholischer Volksbund bleibt selbständig und überparteilich

Bei den Gebietskonferenzen des Volksbundes deutscher Katholiken in der Prager Erzdiözese in Pilsen, Eger und Karlsbad, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt:

Der Volksbund bleibt unter allen Umständen selbständig und unabhängig. Das Programm des Volksbundes bleibt unverändert. Der Volksbund ist nach wie vor bereit, mit den nationalen Schwerverbänden in völkischen Fragen zusammenzuarbeiten. Der Volksbund überläßt die parteipolitische Entscheidung dem Gewissen seiner Mitglieder, er selber bleibt absolut überparteilich. Der Zerfall der katholischen Lager ist ein Ende zu sehen und der Volksbund deutscher Katholiken als der große katholische Schutzverband anzuerkennen und auszubauen. — Dem Generaldirektor Reichert wurde volles Vertrauen ausgesprochen.

„führen“ noch keine positiven Maßnahmen getroffen worden. Es wird auch berichtet, daß die sogleiche Weiterführung des Gesamtbetriebes der Schraubenfabrik in Frage gestellt sei, weil nach der Verlegung ja auch die Halbfabrikate, welche bislang im eigenen Betriebe erzeugt wurden, von Prag geliefert werden müssen, wodurch die Rentabilität des Unternehmens geringer zu werden droht.

Nun geht es vor allem um die soziale Lebensfrage von 500 Arbeitern und 60 Angestellten. Sie können auch schon durch die Verlegung einer Abteilung in Mitleidenschaft, weil wohl kaum die Möglichkeit restloser Weiterbeschäftigung aller Menschen gegeben sein dürfte.

Wir wollen und heute mit der Sache selbst, die ja begrifflicherweise Unruhe und Erregung hervorgerufen hat, nicht grundsätzlich beschäftigen. Der Internationale Metallarbeiterverband verfolgt diese Bestrebungen von Anfang an und ist ständig bemüht, bei den hierfür zuständigen Stellen zum Schutze der Arbeitsplätze einzutreten. Es haben in den letzten Tagen auch Verhandlungen mit der Behörde stattgefunden. Die Funktionen der freien Gewerkschaft werden alles tun, um die drohenden Gefahren abzuwenden. Wir brauchen im sudetendeutschen Gebiet jetzt Arbeit, aber keine Vertreibung. Wir werden jedoch auch nicht unterlassen, zur Zeit jene Strömungen aufzuzeigen, die aus dem sudetendeutschen Wirtschaftsleben solche Erscheinungen provozieren.

## Die „Fixigkeit“ der „Reichenberger Zeitung“

Aus Reichenberg wird uns geschrieben: Das Abendblatt der „Reichenberger Zeitung“ brachte in seiner Ausgabe vom 11. April ein Bild: Hitler, den Telephonhörer am Ohr, und mit der Erklärung: „Adolf Hitler nahm mit glückstrahlendem Gesichte die ersten Meldungen über das Abstimmungsresultat telephonisch entgegen. Die Meldung des Gesamtergebnisses erläuterte Gauleiter Würdel über den Rundfunk.“ — Eine überaus prompte Bild-Berichterstattung! Man bedenke: am Sonntag-Abend kamen die Meldungen nach Berlin und am Montag nachmittags konnte die „R. Z.“ schon mit einem Bildbericht aufwarten! Nur hat da die Reichenberger Tante allzufrüh mit der Leichtgläubigkeit und

Vergeßlichkeit ihrer Leser spekuliert. Denn dieses Bild samt den schönen Begleitworten hat mit der österreichischen Abstimmung nicht das geringste zu tun, es stammt aus der Zeit — der Sarajewo-Mord — und wer in alten illustrierten Zeitschriften blättert, kann diese Photographie mit dem ganz anderen Datum wiederfinden.

Es läßt sich denken, wie solcher Schwindel das Vertrauen der Leser zur „Reichenberger Zeitung“ stärken wird! Albert Kräfte.

## Aus Dresden von der Abstimmung nicht zurückgekehrt

Zu vielen Gerüchten über das Verschwinden des Aufseher Schirnhändlers Lienauer und seiner Ehefrau wird mitgeteilt, daß Lienauer am Sonntag nach Dresden fuhr, um als Oesterreicher an der Abstimmung teilzunehmen. Lienauer und seine Frau sind von Dresden nicht zurückgekehrt. Es ist die Annahme berechtigt, daß das Ehepaar Lienauer aus politischen Gründen in Dresden verhaftet wurde.

Lienauer ist der Bruder des Aufseher Friseurs gleichen Namens, der vor einiger Zeit seine Frau und sich erschoss.

## „Erziehung zum neuen Humanismus“

Eröffnung der 7. Pädagogischen Woche deutscher sozialdemokratischer Lehrer in Prag

Am Mittwoch fand in der Prager „Armania“ als Auftakt für die vom 13. bis 16. April dauernde 7. Pädagogische Woche der Reichsvereinsung sozialdemokratischer Lehrer die Eröffnung der Ausstellung „Die sudetendeutsche Schule“ statt. In Vertretung des Schulministers war Prof. Jedlička erschienen, für die Organisation der tschechischen Professoren und Lehrer Vaclav Blizoda, für die tschechischen sozialdemokratischen Lehrer Banet, für das Internationale Berufssekretariat der Lehrer in Prag Prof. Raymond (Neufchatel), für den Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Reihner und für die Zentralstelle für das Bildungswesen Ernst Paul. Namens des Schulministers Dr. Franke eröffnete Prof. Jedlička die Ausstellung mit einer Ansprache, in der er die gerade heute aktuelle Bedeutung der im Geiste der Humanität und der Völkerverständigung stehenden Pädagogischen Woche würdigte. Im Namen der Veranstalter sprach Direktor Paul Fürstena und wies besonders auf den Zeitgedanken der Ausstellung, die Erziehung zur Persönlichkeit, hin.

Die Ausstellung, an der hunderte sudetendeutscher Schulen verschiedener Stufen und Gattungen mit Lehrmaterial und Schülerarbeiten vertreten sind, zeigt ein sehr eindrucksvolles Bild von den Bemühungen und Erfolgen fortschrittlicher Erziehungsbearbeitung an den sudetendeutschen Schulen. Wieviel Persönliches, Künstlerisches und technisch Wertvolles unter Anleitung guter Lehrer von Kindern geleistet werden kann, zeigen die ausgestellten Arbeiten aus dem Handwerks-, Heim- und Bürgerkunde- und Zeichenunterricht. Die Modelle aus der Volksschule Mühlsdorf, die Malereien aus der Bürgerschule Kolin, die geologischen Darstellungen der Bürgerschule Fleiß, die Handarbeiten und Pasteleien aus der Bürgerschule Neudorf, die kunstgewerblichen Arbeiten aus den Volksschulen Neuhammer und Saaz stellen beachtliche Leistungen dar. Ueberall erkennt man die Verbindung persönlichen Ausdrucks und Gestaltungswillens mit Motiven der Heimat und der Volkstümlichkeit, die Durchdringung des Lehrstoffes mit schöpferischer Phantasie. Besonders interessant sind die gezeigten Versuche, die staatsbürgerliche Bildung durch selbständige Darstellungen zu beleben, und auch in den ausgestellten Schülerarbeiten begegnen uns neben der Beschäftigung mit den Dingen der engeren Heimat vor allem die Beschäftigung mit den Grundgedanken der Demokratie und des Humanismus und mit den beiden Präsidenten der Republik, die sie lebendig gemacht haben.

Man wünschte, daß der in dieser Ausstellung zu bewundernde Geist fortschrittlicher und menschlicher Erziehung an allen sudetendeutschen Bildungsanstalten herrschend wäre.

## Geld stinkt nicht

In der „Roten Fahne“ wird von einem Leser darauf aufmerksam gemacht, daß die neue SdP-Montagszeitung „Zeit am Montag“ in Auftrag in der Druckerei und Zeitungs-A.G. vormals Kraus & Co. gedruckt wird. Diese Firma gehört zum sogenannten „Merch-Konzern“, steht also dem „Prager Tagblatt“ sehr nahe. Es ist sehr interessant, daß diese jüdische Großdruckerei um des lieben Geldes willen in Auftrag das „Auffiger Tagblatt“ herausgibt, das gleichgeschaltet ist und zugleich auch das neue „Denkeblatt“ druckt. In Prag wird in Demokratie gemacht, in Auftrag „Denkeblatt“. Hauptsache ist, daß daran „verdient“ wird. Es ist das Gegenstück zur „Illustrierten Preise“, dem inländischen Ableger der „Lüchener Illustrierten“. Diese

## An unsere Kolporteurs, Abonnenten und Leser!

Anlässlich der Osterfeiertage wird am Montag nicht gearbeitet, so daß unsere Dienstaussgabe vom 19. April entfällt.

Die Verwaltung.

Zeitschrift, die hier die Hauptpropaganda für den „Führer“ betreibt, wird in der Druckerei der „Macedonika“ hergestellt. Damit man sich nicht blödschlägt, hat man sich eine Deckfirma geschaffen. Die Firma „Mittelbad“, die als Drucker angegeben ist, existiert nur auf dem Papier.

In Wittowitz haben die Eheleute Windisch-Benke und der jetzt bei der Deutschen Filmstelle in Berlin tätige Hans Dorasik ihr Kino, dessen Lizenz von der Deutschen Jugendfürsorge betrieben worden ist, um den ganz unwahrscheinlich niedrigen Preis von 300.000 Kč an den tschechischen Turnverein „Sokol“ verkauft, der dort selbst ein eigenes Kino hat und sich damit eine Konkurrenz vom Halbe schafft. Oberwein hat Herr Dorasik, ein hundertprozentiger Nazi, die Verkaufsvollmacht einem jüdischen nationalen Advokaten in Währ.-Strau erteilt.

## Um Friedrich Adlers Paß

Zu einer Geldstrafe verurteilt

Friedrich Adler war vor einigen Monaten in Holland verhaftet worden, weil er zwei Pässe mit sich führte: einen auf seinen Namen lautenden und einen anderen, der es ihm ermöglichte, in faschistischen Ländern unerkannt zu bleiben. Diese Schmutzmaßnahme Adlers ist ganz begrifflich und also keineswegs als „Delikt“ zu kennzeichnen. Nichtsdestoweniger wurde Adler von den holländischen Gerichten zu einer Arreststrafe von vier Monaten verurteilt. Adler hat Berufung eingelegt und hatte gedroht, die Strafe anzutreten. Diese Bereitschaft Adlers hat der holländischen Justiz offenbar große Sorgen bereitet, weshalb Adler jetzt bei der Berufungsverhandlung zu einer Geldstrafe von 250 Gulden verurteilt wurde.

## Vor einer Erklärung Chamberlains über das Abkommen mit Rom

London. Unter dem Vorsitz Chamberlains fand Mittwoch eine Sitzung des britischen Kabinetts statt. Es war dies die letzte Sitzung vor den Osterferien und vor der Unterzeichnung des englisch-italienischen Abkommens. Wie verlautet, haben die Minister die Texte dieses Abkommens endgültig gebilligt wie auch die Erklärung, die der Vorsitzende der Regierung in der gleichen Angelegenheit am Donnerstag im Parlament verlesen wird.

Nach den ersten Mitteilungen enthält das englisch-italienische Abkommen vier Punkte, und zwar: Arabien, Suezkanal, Mittelmeer und Spanien.

Das Interesse der Öffentlichkeit ist weiterhin hart der bevorstehenden Reise Hore-Belichs nach Rom und dem ebenfalls diskutierten Besuch Bonnois in der italienischen Hauptstadt zugekehrt.

## Gehheimnisvolle Kriegsschiffe vor den Philippinen

Manila. (Havas.) Nach einem Bericht des „Plates“ „Batavia“ aus Manila wird gemeldet, daß Sonntag und Montag in der Bai von Davao 22 Torpedobootzerstörer unbekannter Herkunft, und zwar in der Nähe der japanischen Kolonie auf den Philippinen gesichtet worden sind. Das philippinische Schiff „Mizal“ erfuhr diese Torpedobootzerstörer radiotelegraphisch um Mitteilung, unter welcher Flagge sie fahren, erhielt jedoch keine Antwort. Die Marinebehörden sind der Ansicht, daß es sich um japanische oder holländische Kriegsschiffe handelt. Das japanische Konsulat erklärte, daß ihm nichts von der Anwesenheit japanischer Schiffe in diesen Gewässern bekannt sei.

## Faruk nach Ankara eingeladen

Kairo. Der türkische Außenminister Rüdihi Aras überreichte König Faruk die Einladung Ahmed Ataturks zum Besuche der Türkei.

Fischer — Pažak — Perth

## Ihr Kampf

Die wahren Ziele der SdP

Diese aufschlußreichste Schrift über Entstehung und Entwicklung der Sudetendeutschen Partei ist soeben in bedeutend erweiterter Fassung in deutscher Sprache erschienen.

140 Seiten Preis Kč 14.—

Organisationen erhalten Rabatt!

Zur beziehen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII., Stejska 13.

## Sozialdemokraten für Arbeitsbeschaffung

Vorsprache von Vertretern der Partei und der freien Gewerkschaften bei der Bezirksbehörde Mährisch-Trübau

Unter Führung des Senators Wella (Brünn) sprach Dienstag beim Mährisch-Trübauer Bezirkshauptmann Dr. Malas eine Abordnung von Vertretern der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Freien Gewerkschaften, bestehend aus Friedl, Ehrenreich, Heger, Mareš, Reinhardt, Stejzal (Mährisch-Trübau) sowie Tinkl und Winter (Jwittau) vor, die den Leiter der Bezirksbehörde auf die Notlage im Bezirke Mährisch-Trübau aufmerksam machten und die Durchführung verschiedener Bauprojekte als Notstandsarbeiten forderten, deren Bewirtlichung zu einer wesentlichen Verminderung der Arbeitslosigkeit des Bezirkes beitragen könnte. Hat Dr. Malas nahm die Wünsche der Deputation mit Interesse zur Kenntnis und erklärte, sich vor allem für die rasche Durchführung jener Projekte einsetzen zu wollen, für welche bereits die entsprechenden Unterlagen vorhanden sind, und weiter sich für alle übrigen vorgetragenen Wünsche zu interessieren und nach Kräften für deren Bewirtlichung beizutragen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache machten einzelne Vertreter der Abordnung den Bezirkshauptmann auf den Terror aufmerksam, welchem die Anhänger unserer Partei durch die SdP im Bezirke ausgesetzt sind.

## Um das Schicksal von 560 Arbeitern und Angestellten

Die Zeitungen brachten in den letzten Tagen Berichte über die Gefahren einer Betriebsstillegung in Rosenthal bei Graupen. Es wird nämlich seit vielen Monaten darüber verhandelt, daß die Firma Gerhardt und Rahm A.G., Eisenblechwerke und Schraubenfabrik in Rosenthal, ihre Eisenblechwerke zur Prager Eisenindustrie-Gesellschaft verlegen soll. Hierbei ist nicht nur eine kommerzielle Lösung geplant; denn es sollen auch die Maschinen abgegeben werden, so daß diese Abteilung dann vollständig zum Stillstand käme. Nur im Hinblick auf die dort beschäftigten Arbeiter sind von den verantwortlichen „Wirtschafts-



# Wenn Kleider sprechen könnten..



Von der Güte der Kleidung überzeugen Sie sich erst dann, wenn Sie dieselbe bei Unwetter tragen und sie doch ihr schönes Aussehen bewahrt. Unsere Kleider werden durch Handarbeit hergestellt, eine Garantie für ihre hohe Qualität!

## Rolnu

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik

#### Jugoslawien nach dem Anschluß

Die Auswirkungen, die der Anschluß Österreichs an Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet haben wird, dürften zunächst in Jugoslawien am deutlichsten zu spüren sein.

In Belgrad legt man sich in diesen Tagen eine Frage vor, die für Jugoslawiens wirtschaftliche Zukunft entscheidend ist: wird Deutschland-Oesterreich nach weiterer „Runde Meslen“ das Interesse für dieses Thema ist mehr als berechtigt, wenn man in Betracht zieht, daß Deutschland und Oesterreich zusammen 43 Prozent der jugoslawischen Gesamtanfuhr ablaufen — ein Prozent, der sich gerade in den letzten Jahren unter dem starken Einfluß reichsdeutscher staatlicher und privater Stellen bis zu dieser Höhe emporgehoben hat.

Heber die deutsche Vieheinfuhrstelle wanderten vor allem jugoslawische Schweine nach Deutschland, das ferner Kunde war für Weizen, Obst, Samensamen und Fische. Dafür exportierte Deutschland nach Jugoslawien Maschinen, Eisenbahnen und komplette Fabriken, ferner exportierte es — Kapital. Es hat in den jugoslawischen Ergruben viel Geld investiert und bezog daraus insbesondere Kupfer, Zinn und Zink; das deutsche Interesse für das jugoslawische Bauxit, den für die Rüstung wichtigen Aluminium-Nobstoff, hat ebenfalls zu reichsdeutscher Kapitalbeteiligung geführt.

Aber Deutschland hat den jugoslawischen Rohstoffmarkt durchaus nicht so annekieren können, wie es häufig dargestellt wurde. Jugoslawiens Bergbau und Industrie arbeitet zu 47 Prozent mit fremdem Kapital, das Verarbeitungssektor mit 38 Prozent, der Handel mit 34,5 Prozent, die Verkehrsunternehmen mit 26,6 Prozent, Banken und Kreditanstalten mit 14 Prozent ausländischem Kapital, das im Durchschnitt demnach mit 34 Prozent an der jugoslawischen Wirtschaft beteiligt ist, in Zahlen ausgedrückt: mit etwa 6,5 Milliarden Dinar. Interessant aber ist die Tatsache, daß sich der Anteil der einzelnen Staaten seit 1934 erheblich geändert hat. Damals stand an der Spitze Frankreich mit 17 Prozent, dann folgte England mit 14 Prozent, die Tschechoslowakei mit 12 Prozent, die Schweiz mit 11,3 Prozent, Italien mit 8 Prozent, die USA mit 6,8 Prozent und Oesterreich mit 6 Prozent. Heute aber sieht diese Reihe folgendermaßen aus: England, Frankreich, Oesterreich, Tschechoslowakei, Belgien, Ungarn, Italien und Deutschland; berücksichtigt man nun, daß Oesterreich zu Deutschland gehört, so steht es nun mit seiner Beteiligung an der jugoslawischen Wirtschaft etwa auf gleicher Höhe mit Frankreich, ohne allerdings eine Monopolstellung beanspruchen zu dürfen. Mit dem an der Spitze stehenden englischen Kapital wird es vorläufig nicht konkurrieren können: die Engländer haben etwa 1,1 Milliarde Dinar in Jugoslawien investiert und lassen ihr Geld im Bergbau, im Banbau und in der Maschinenindustrie arbeiten. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Investitionswelle noch andauert.

Günstig wird sich der Anschluß auf Jugoslawien auswirken, als die Konkurrenz Oesterreichs geringer werden dürfte. So wurden zum Beispiel auf dem Prager Markt sowohl von Jugoslawien wie von Oesterreich große Mengen

von Äpfeln angeboten, die Oesterreich nun innerhalb der Reichsgrenzen verkaufen könnte. In Schmittholz mußte Jugoslawien mit Oesterreich in Ungarn und Italien konkurrieren — auch dies dürfte sich nun ändern. Unklar ist die Zukunft des jugoslawischen Weizenexports nach Deutschland. Im Rahmen der Clearingabkommen und Gegenlieferungen konnte Jugoslawien seinen Weizen weit über dem Weltmarktpreis nach Deutschland verkaufen.

Grundlegend geändert hat sich dagegen der Import und Export Jugoslawiens von und nach Ungarn und den beiden anderen Ländern der Kleinen Entente, insbesondere wegen der neu abgeschlossenen Handelsverträge mit Ungarn und den USA. Ungarn ist nun der Hauptlieferant der Tschechoslowakei in Fett, Speck und Schweinen geworden, die ebenfug Jugoslawien liefern könnte. So erklärt sich das starke Sinken der tschechoslowakischen Einfuhr aus Jugoslawien, während die Ausfuhr der Tschechoslowakei nach Jugoslawien um etwa 100 Prozent stieg. Aber in Prag betrachtet man diese Riffern mit einem heiteren, einem feuchten Auge; denn bereits jetzt sind 200 Millionen in Jugoslawien „eingefroren“. Trotz dem bestünden noch Möglichkeiten für den jugoslawischen Export, sich in der Tschechoslowakei einen gewissen Ersatz für die Verluste zu schaffen, mit denen man nach dem „Anschluß“ rechnen muß. Die Tschechoslowakei könnte recht gut Kupfer, Geflügel, Aluminium oder Bauxit, Eisen, Zinn, Kupfer, Barit und andere Bergwerkprodukte brauchen.

Diesen teilweise Ersatz für die Anschluß-Verluste wird Jugoslawien natürlich nur mit sehr großen Anstrengungen aktivieren können. Da diese seiner Preise über dem Weltmarkt liegen, ist es nicht ausgeschlossen, daß man in Belgrad auf währungstechnischem Gebiet eine Lösung sucht. Denn man muß wohl damit rechnen, daß die neuen Herren Oesterreichs, das sonstigen eine Rohstoffkolonie mit Marktwährung werden soll, alle Anstrengungen machen werden, um die österreichische Rohproduktion und Agrarproduktion zu heben und so weiter den Import droffeln zu können. Der nun der bährischen Hausfrauen über die nicht mehr bestehende Grenze hat gezeigt, daß es in Oesterreich noch viel zu holen gibt, was Deutschland längst nicht mehr in genügender Qualität und Quantität besitzt. (R.B.)

#### Schon heuer Hopfen-Kontingentierung?

Eine neuerliche Konferenz des mitteleuropäischen Hopfenbauvereins beschäftigte sich wiederum mit der Verminderung des Hopfenbaues. Während die letzte Restriktionskonferenz sich für eine Einschränkung der Hopfenanbaufläche aussprach, wurde diesmal die Konferenz von dem Vorsitzenden der tschechischen Sektion des Saazer Hopfenbauverbandes mit dem Kontingentierungsvorschlag überrascht. Die Vertreter Polens und Jugoslawiens lehnen sich schließlic für den Vorschlag gewinnen und stimmten dem Beschlusse zu, bei ihren Regierungen dahin zu wirken, daß bereits für die heurige Ernte die Kontingentierung erfolgen soll, und zwar in dem Sinne, daß die Ernten der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens um 30 Prozent eingeschränkt werden. In diesem Falle würde Deutschland seine Anbaufläche auf 8000 Hektar beschränken und Frankreich mit seiner Anbaufläche von 1800 Hektar stillhalten. — Wir haben bereits auf die Gefährlichkeit des Gedankens, die Hopfenernte zu kontingentieren, verwiesen. Es wird in der nächsten Zeit größte Aufmerksamkeit gegenüber den weiteren Bemühungen der tschechischen Agrarier erforderlich sein, um eine Schädigung der Hopfen-Produzenten zu verhindern.

**Der März-Warenaustausch mit der Schweiz.** Die Schweiz importierte im März aus der Tschechoslowakei für 6,8 (i. V. 6,8) Millionen Franken gegen 5,7 Mill. im Februar; die Lieferungen nach der Tschechoslowakei stellten sich auf 3,6 (i. V. 5,3) Millionen Franken.

**Die Ausfuhr von Kunstblumen** hat sich heuer nicht gleich entwickelt. Der Export von Textil-Kunstblumen ist in den ersten zwei Monaten zwar weiter auf 6,2 (i. V. 5,5) Millionen Ké gestiegen, doch ist die Ausfuhr von Papier-Kunstblumen auf 3 (i. V. 5,1) Millionen zurückgegangen.

**Vom Heisfonds der öffentlichen Angestellten.** Bei den Revisionen in den Vereinen der einzelnen Bezirksausbüßen stellten die Organe des Heisfonds der öffentlichen Angestellten fest, daß manche Versicherer bei der Behandlung bei Vertragsärzten nicht richtig nach den gültigen Richtlinien vorgehen. Jeder Versicherer soll bei Beginn der Behandlung dem Arzte eine ordnungsgemäß ausgestellte und vom Amte bestätigte Anweisung zum Arzte abgeben. Oft kommt es vor, daß auf der Anweisung das Ausstellungsdatum fehlt, daß die Anweisung nicht vom Dienstgeber bestätigt ist oder daß alle Daten nicht vorchriftsmäßig ausgefüllt sind. Der Arzt ist nicht verpflichtet, die ungenügend ausgefüllte Anweisung anzunehmen; wenn der Versicherer das Beanständete nicht befreitigt, ist er berechtigt, vom Versicherer ein Privatonorar zu verlangen. Der Arzt ist weder berechtigt noch verpflichtet, die Angaben zu ergänzen, die der Versicherer ausfüllen soll. Ebenso wurde festgestellt, daß die Versicherer dem Arzte nicht bei jeder Ordination oder jedem Besuche einen ordnungsgemäß ausgefüllten Abschnitt aus dem Kontrollblock abgeben. Es wurden auch Fälle festgestellt, daß die Versicherer den ganzen Kontrollblock beim Arzte gelassen haben und oft auch

einen ganzen Vogen von Zahlungsmarken. Dieses Vorgehen ist durchaus unzulässig. Ebenso werden die Versicherer neuerdings darauf aufmerksam gemacht, daß es unzulässig sei, die Durchschriften aus dem Kontrollblock herauszureißen, eventuell die einzelnen Durchschriften zusammenheben oder zusammennähen. Der Arzt hat das Recht, sich auch die früheren Durchschriften anzusehen (Belege für den Versicherer), er ist jedoch nicht berechtigt, es dem Kranken vielleicht vorzuwerfen, wenn sich ein Familienmitglied bei einem anderen Arzte behandeln ließ. Die Versicherer müssen sich dessen bewußt sein, daß der Arzt für die Ordnung in seiner Rechnungsführung verantwortlich ist.

#### Erneute Ablehnung der deutschen Kolonialthese

London. (Reuter.) Im Oberhaus sprach Mittwoch Lord Plymouth für die Regierung über das Kolonialproblem. Er sagte, diese Frage, deren Kernpunkt der internationale Handel sei, könne nur durch die Zusammenarbeit aller Völker geregelt werden. Die gesamte Kolonialerzeugung aller für den Handel wichtigen Rohstoffe betrage nur drei Prozent der Weltproduktion, es könne demnach nicht behauptet werden, daß die Schwierigkeiten, die in der Zugänglichmachung der Rohstoffe liegen, in erster Linie ein koloniales Problem darstellen und

#### Im Frühling ist die Kur am billigsten. BAD LUHACOVICE.

Vorteilhafte Abonnements: I. Kl. 1.386.— II. Kl. 1.042.—  
21 Tage . . . Ké 1.512.—  
weitere 7 Tage > 504.— 462.—  
Unterkunft im Kurortzentrum, ausgiebige Verköstigung und alle üblichen Heilungsprozeduren. — Detaillierte Angebote durch die Badeverwaltung.

daß eine Regelung der kolonialen Seite dieser Schwierigkeiten zu einer wesentlichen Lösung der Angelegenheit beitragen würde.

Die wirtschaftlichen Probleme, fuhr Lord Plymouth fort, können von den politischen Problemen nicht völlig getrennt werden. Eine befriedigende Regelung der hauptsächlich internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten würde

## Die Antwort der Schweiz

Die Annexion Oesterreichs wirkte auf alle politischen Kräfte der Schweiz, so unterschiedlich gerichtet sie auch sein mögen, durchaus aktivierend. Jedermann ist sich klar, daß die Eigenoffenheit Konsequenzen zu ziehen hat. Allein schon bei der Frage nach Art und Richtung dieser Konsequenzen gehen die Meinungen auseinander und umgrenzen von der Parole „Los vom hitlerfeindlichen Völkerverbund Frankreich“ bis zur Festhaltung „Militärländnis mit Frankreich ist Lebensnotwendigkeit“ jedes Gebiet politischer Meinung.

Kannmehr scheint der erste Schock der Annexionsspanik vorüber zu sein, und in der Gewissheit, nicht das nächste Opfer zu sein, beginnt das Land der absoluten Neutralität alle jene Vorbereitungen zu treffen, die eine Demokratie mit geringen und noch latenten faschistischen Kräften durchzuführen imstande ist.

Unter der Führung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz haben sich alle antifaschistischen Kräfte wirtschaftlicher, politischer und kultureller Vorenz zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen, die unter dem Namen „Schweizer Nichtlinienbewegung“ nunmehr planmäßig darangeht, die wenigen Stellungen des Faschismus in der Schweiz der eidgenössischen Demokratie zurückzuerobern und die Entstehung jener für den Faschismus der deutschsprachigen Länder so charakteristischen Atmosphäre von Arbeitslosigkeit, Antifemismus und Unterstellung der Eigenpersönlichkeit, unter einen Führerwillen zu hindern.

Die Bestrebungen kommt die alarmierte öffentliche Meinung ungemien bereitwillig entgegen, dank der Einsicht jenes an der Unabhängigkeit der Schweiz wirtschaftlich interessierten Teiles der den Traditionen Treuen Bourgeoisie, dem am Fall Oesterreichs endlich klar geworden ist, daß der einzige verlässliche Gegner des Faschismus — gleichviel, ob dieser von einer Partei des Landes propagiert wird oder auf den Spitzen der Vojonette über Grenzen getragen werden soll — eine mit möglichst weitgehenden Rechten ausgestattete Arbeiterklasse ist. Daher sehen wir die einzige repräsentative Arbeiterpartei der Schweiz, die sozialdemokratische, in der ersten Reihe der Nichtlinienbewegung marschieren, die Organisationen umfaßt, die weit ins Bürgerium reichen und die in keiner anderen Sache mit einer wirklichen Arbeiterpartei gemeinsame Front zu machen bereit wären.

Drei große Aufgaben hat sich die Nichtlinienbewegung gestellt: Arbeitsbeschaffung erfindend, Säuberung der faschistischen Positionen in der Schweiz zweitens. Diese Aufgabe leitet schon zur dritten, zur Landesverteidigung über, da gerade in den Offizierskreisen der eidgenössischen Armee unverkennbar faschistische Bestrebungen auftreten, die es nun zu liquidieren gilt.

Organisierte Arbeitsbeschaffung hat sogar in den faschistischen Staaten zu vorübergehenden Erfolgen und Entspannungen geführt. Das soziale

## Neue Strumpf-Preise!

Nützen Sie die Gelegenheit aus.



Die dauerhaftesten Strümpfe aus siebenfacher Seide. Schön, dezent und fein.

### Regina

allerdings einen günstigen Einfluß auf die Gesamtlage haben. Für die Regelung der wirtschaftlichen Probleme ist es sehr wichtig, daß das Verhältnis zwischen den einzelnen Ländern von Befürchtungen, Sorgen und Verdächtigungen befreit werde und daß wieder ein Geist gegenseitigen Vertrauens vorherrsche. Es ist nicht zu bestreiten, daß infolge der letzten politischen Ereignisse eine allgemeine Regelung dieser wirtschaftlichen Probleme noch schwieriger ist als früher, das bedeutet aber nicht, und das muß ganz klar gesagt werden, daß die britische Regierung das Streben nach der Lösung eines großen Teiles der internationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf Grund der in dem van Zeeland-Bericht aufgestellten Richtlinien aufbaut.

Verständnis der Schweizer in Verbindung mit den vorhandenen Mitteln lassen hier manchen Erfolg der Demokratie erwarten.

Ingleich schwieriger wird sich die zweite Aufgabe, die Schließung der faschistischen Nachstellungen, gestalten. Der Züricher Militärgerichtsprozeß gegen eine Reihe von Angeklagten, die der Werbung von Soldaten für die spanische Regierung beschuldigt waren, hat die Macht der faschistenfreundlichen Offizierskreise gezeigt. Trotz der kritischen Unhaltbarkeit der Anklage und trotz der Niederlage, die das Militärgericht durch Freispruch gerade der Hauptangeklagten hinnehmen mußte, kam es zu den für Schweizer Rechtsverhältnisse sehr hohen Urteilen von insgesamt mehreren Jahren Freiheitsstrafe und mehr als einem Jahrzehnt Ehrverlust.

Die Art der Prozeßführung und das Urteil stellte eine Parade der faschistischen Kräfte in der Schweiz dar. Dazu kommt die Signation der einzigen Partei von antifaschistischem Kampfwert, der Schweizer Sozialdemokratischen Partei. Die letzten Züricher Stadt- und Gemeinderatswahlen vom 20. März d. J. brachten der SP die im Verhältnis zur Gesamtzahl geringfügige Einbuße von drei Sitzen (60 gegen 63). Hatte es sich auch um bei den letzten Wahlen erst im Restimmungsverfahren ermittelte Sitze gehandelt — die optische Wirkung ist nicht die des offensiv marschierenden Antifaschismus.

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt wird mit Aufmerksamkeit dem Kampfe der Nichtlinienbewegung folgen müssen. Denn sie stellt zum ersten Mal den Versuch dar, den Faschismus zu bekämpfen, ehe er endlich Fuß gefaßt hat und die Entstehung seines Nährbodens, des krisengeschüttelten Kleinbürgertums und Proletariats, im Rahmen der Schweizer Möglichkeiten zu hindern in der marxistischen Erkenntnis des Zusammenhanges von ökonomischem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein.

#### Man erhält für Ké

100 Reichsmark	628.—
Markmünzen	775.—
100 rumänische Lei	16.35
100 polnische Sloty	540.50
100 ungarische Pengö	558.50
100 Schweizer Franken	659.50
100 französische Francs	90.70
1 englischer Pfund	142.75
1 amerikanischer Dollar	28.60
100 italienische Lire	149.90
100 holländische Gulden	1591.50
100 jugoslawische Dinare	64.80
100 Belgas	484.—
100 dänische Kronen	633.—
100 schwedische Kronen	733.50

